



Der US-Dollar hat in den vergangenen sechs Monaten gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner Amerikas mehr als zehn Prozent an Wert verloren – der schlechteste Jahresbeginn seit 1973.

Die aggressiven Zoll-Drohungen von Präsident Trump und seine eher isolationistische Außenpolitik, kombiniert mit Inflation und steigender Staatsverschuldung, haben dazu beigetragen, das Vertrauen in die Rolle der USA als Zentrum des globalen Finanzsystems zu untergraben. Auch wenn Trump inzwischen in seine Aggressivität etwas nachgelassen hat und sich die US-Aktien- und Anleihemärkte von ihren Verlusten zu Beginn des Jahres erholt haben, setzt der Dollar seine Talfahrt fort.

„Ob der Dollar schwach oder stark ist, ist nicht die Frage“, sagte Steve Englander, globaler Leiter der G10-Devisenforschung. „Die Frage ist, was er dir darüber sagt, wie die Welt deine Politik einschätzt.“

China liegt im Rennen um die Energie der Zukunft weit vorne

Zwar stößt China weiterhin mehr klimaschädliche Emissionen aus als die USA und Europa zusammen, doch vollzieht es den Schwenk zu sauberer Energie mit atemberaubender Geschwindigkeit.

Im vergangenen Jahr wurden in China mehr Windkraftanlagen und Solarpaneele installiert als im gesamten Rest der Welt, und der Boom der sauberen Energie breitet sich global aus. Chinesische Unternehmen bauen Fabriken für Elektrofahrzeuge und Batterien in Brasilien, Thailand, Marokko, Ungarn und anderen Ländern. China dominiert bereits die weltweite Produktion mehrerer sauberer Energietechnologien – und mit jedem Monat vergrößert sich sein technologischer Vorsprung.

Gleichzeitig setzen die USA weiter auf Öl und Gas. Die Strategien beider Länder sind in hohem Maße von der nationalen Sicherheit geprägt. China verfügt im Gegensatz zu den USA nicht über leicht zugängliche eigene Öl- oder Gasvorkommen und ist daher bestrebt, seine Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu beenden und einen möglichst großen Teil seiner Wirtschaft mit erneuerbaren Energien zu versorgen.

Tödlicher Angriff auf ein Strandcafé in Gaza

Ein israelischer Luftangriff auf ein Café am Strand von Gaza-Stadt hat gestern Nachmittag mehr als zwei Dutzend Palästinenser getötet und dutzende weitere verletzt, berichten



örtliche medizinische Helfer.

Mohammad Abu Salmiya, Direktor des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt, sagte, dass bei dem Angriff mehr als 30 Menschen getötet und mehr als 50 verletzt wurden. Das Gesundheitsministerium in Gaza veröffentlichte zunächst keine offiziellen Zahlen zu Toten und Verletzten, und das israelische Militär gab bisher keine Stellungnahme zu dem Angriff ab.

WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

Europa: In Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien wurden Hitzewarnungen ausgegeben, da die Temperaturen mancherorts über 40 Grad Celsius stiegen.

Syrien: Golfstaaten haben nach dem plötzlichen Zusammenbruch der Diktatur des Landes schnell Hilfe geleistet und investiert.

Großbritannien: Da viele Abgeordnete der Labour-Partei offen revoltieren und die Wähler der Partei ihre Unterstützung entziehen, fordern Parteimitglieder Premierminister Keir Starmer auf, einen Linksschwenk vorzunehmen.

Gesundheit: Eine neue Studie deutet darauf hin, dass Gewebeentzündungen möglicherweise kein natürlicher Teil des Alterns sind, sondern ein Produkt modernen Lebens.

Reisen: Kriege und Konflikte zwingen Fluggesellschaften zunehmend dazu, ihre Routen neu zu planen.

Russland: Wo früher alles Westliche verehrt wurde, ist China bei jungen Russen mittlerweile besonders angesagt.

Norwegen: Ein Glücksspielunternehmen hat sich dafür entschuldigt, dass es tausende Menschen fälschlicherweise über große Lottogewinne informiert hatte. Ein Programmierfehler war der Grund für die Panne.

Mexiko: Mitglieder des Sinaloa-Kartells haben sich mit einer rivalisierenden Bande verbündet – eine Allianz, die das kriminelle Untergrundnetzwerk in Dutzenden Ländern verändern könnte.

US-Politik: Der Senat stimmt weiterhin über Änderungsanträge zu dem umfassenden wirtschafts- und innenpolitischen Gesetzespaket des Präsidenten ab.



Migration: Die Trump-Regierung zahlte El Salvador Millionen Dollar, damit das Land abgeschobene Migranten inhaftiert.